

Auftragsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Postanschrift:	Willy-Brandt-Allee 14
Postleitzahl:	53113
Ort:	Bonn
NUTS:	Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land:	Deutschland (DE)
Kontaktstelle(n):	Vergabestelle
Telefon:	+49 228-9165345
Fax:	+49 228-9165287
E-Mail:	bartel@hdg.de
Hauptadresse:	http://www.hdg.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=164349>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:
die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeit(en)

Freizeit, Kultur und Religion

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung

Bezeichnung des Auftrags:
Gebäudereinigung

Referenznummer der Bekanntmachung:

HDG 18/2017

II.1.2) CPV-Code

Hauptteil:

Gebäudereinigung (90911200)

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung

Abschluss eines Dienstleistungsvertrages über Unterhaltsreinigung.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.:

1.450.000,00

Währung:

EUR Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

keine Aufteilung des Auftrags in Lose

II.2) Beschreibung

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code:

Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Hauptort der Ausführung:

Bonn

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Abschluss eines Dienstleistungsvertrages über Unterhaltsreinigung.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.:

1.450.000,00

Währung:

EUR Euro

II.2.7) Laufzeit des Vertrags oder der Rahmenvereinbarung

Beginn:

08.12.2017

Ende:

31.08.2021

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird:

nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eintrag in die Handwerksrolle (oder Bescheinigung eines vergleichbaren Institutes) für Reinigungsunternehmen.
- Aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister der sich bewerbenden Firma (nicht älter als 6 Monate). Dieser darf keine die Zuverlässigkeit des Bewerbers in Frage stellenden Eintragungen enthalten (§ 150 GewO).
- Eigenerklärung zur Qualität des einzusetzenden Personals (Anlage 10).
- Eigenerklärung über die Qualifikation (abgeschlossene Ausbildung im Gebäudereinigerhandwerk) der/des Vorarbeiters/in inkl. Lebenslauf, aus dem eine mindestens dreijährige Erfahrung in der Arbeit im Museums- oder Ausstellungsbereich ersichtlich ist und aus dem auf die hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten geschlossen werden kann; der Auftraggeber behält sich vor, sich vor der Auftragserteilung durch ein entsprechendes Gespräch mit dem /der vorgesehenen Vorarbeiter/in über dessen/deren Qualifikation zu informieren.
- Eigenerklärung gemäß §§ 123 und 124 GWB .
- Eigenerklärung des Bieters, dass keine illegalen Arbeitskräfte beschäftigt wurden und werden und über tarifgerechte Entgelt- und Leistungszahlung nach dem jeweils gültigen Lohntarifvertrag.
- Eigenerklärung über den geplanten Einsatz von Nachunternehmern und Vorlage von Verpflichtungserklärungen dieser Nachunternehmer (Nachunternehmer müssen ebenfalls die oben aufgeführten Mindestanforderungen erfüllen und haben diese vor Auftragserteilung nachzuweisen).

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes und der Krankenkassen zur Erklärung über die Zahlung von Steuern, Angaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.
- Nachweis über das Vorliegen einer Haftpflichtversicherung für Facility Management-Unternehmen, das heißt Versicherungsschutz für Dienstleistungen im infrastrukturellen Facility Management (z.B. Reinigungs- und Pflegedienste, Sicherheit, Empfangsdienst, Hausmeisterdienst, Gartenbau und Winterdienst etc.) mit mindestens nachfolgenden Deckungselementen:
 - Deckung für vertragliche Haftung
 - erweiterter Strafrechtsschutz
 - Schlüsselschäden
 - Schäden an Gerätschaften Dritter
 - Schäden durch Medienverluste
 - Umweltregressdeckung

- branchenspezifische, offene Vermögensschadensdeckung für alle ausgeübten Facility

Management-Tätigkeiten.

Dabei sind Mindestdeckungssummen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro für Personenschäden (je Person), 1 Mio. Euro Sachschäden, 250.000 Euro Schlüsselverlust, 250.000 Euro Vermögensschäden sowie Schäden gemäß Bundesdatenschutzgesetz nachzuweisen. Alternativ kann auch eine Verpflichtungserklärung vorgelegt werden im Zuschlagsfalle eine entsprechende Haftpflichtversicherung für Facility-Management-Unternehmen abzuschließen.

- Eigenerklärung des Bieters über den Umsatz der letzten drei Jahre im Gebäudereinigungsgewerbe, Mindestbruttoumsatz insgesamt 500.000,- Euro.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Nachweis der Leistungsfähigkeit des Unternehmens über Unterhaltsreinigung in Form von mindestens drei schriftlichen Referenzen der jeweiligen Auftraggeber (davon mindestens ein Museum mit mind. 4.000 qm Ausstellungsfläche und 80.000 Besuchern pro Jahr sowie ein Museum mit mind. 2.000 qm Ausstellungsfläche – keine Freilichtmuseen) mit Angabe von Referenzobjekt, Ausführungsort, Anschrift, Auftraggeber, Leistungsumfang und Ansprechpartner mit Telefonnummer. Die angegebenen Referenzen müssen mit den ausgeschriebenen Leistungen in Art und Umfang vergleichbar sein.

- Eigenerklärung zum Vorhandensein einer täglich zwischen 7:00 und 19:00 Uhr zu erreichenden Zentrale bzw. eines/r Ansprechpartner/in für kurzfristige Sonderanforderungen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen:

nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag:

14.09.2017

Ortszeit:

23:59

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch (DE)

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:

28.09.2017

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag:

15.09.2017

Ortszeit:

10:00

Ort:

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Willy-Brandt-Allee
14, 53113 Bonn

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Bieter sind bei der Angebotsöffnung nicht zugelassen (§ 55 Abs. 2 VgV).

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag.

Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

Sommer 2021

VI.3) Zusätzliche Angaben

Soweit Sie für die Ausschreibung ein Angebot abgeben möchten oder abgegeben haben, sollten Sie sich regelmäßig über mögliche Informationen, Aktualisierungen und Änderungen (der Vergabeunterlagen) informieren. Diese werden ausschließlich auf der Internetseite www.evergabe-online.de bekannt gemacht. Nur Bieter, die sich auf dieser Seite für das Verfahren registriert haben, werden aktiv per E-Mail (über diese Informationen, Aktualisierungen und Änderungen) informiert.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle

Bezeichnung:

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Ort:

Bonn

Land:

Deutschland (DE)

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften spätestens innerhalb von zehn Kalendertagen bei der Vergabestelle des Auftraggebers gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die sich aus diesem Bekanntmachungstext sowie aus den Vergabeunterlagen ergeben, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Hilft die Vergabestelle der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Bundes unter der o.g. Anschrift innerhalb von 15

Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen gestellt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Nr.4 GWB).

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

26.06.2017